



Aarau, 3. Juli 2013

## Sozialpolitik

### Ausgangslage

Im Kanton Aargau gehen seit einigen Jahren die Einkommen nominell zurück, während die Lebenshaltungskosten stetig steigen. Zudem muss vor allem in den städtischen Agglomerationen ein zu grosser Teil des Einkommen fürs Wohnen ausgegeben werden. Damit haben immer mehr Menschen zu kämpfen. Der Kanton tut dagegen nichts, im Gegenteil: Mit den wiederholten Steuersenkungen werden vorab die hohen Einkommen und Vermögen entlastet. Dies führt dazu, dass sich die Finanzierungslast immer mehr von einkommensabhängigen Steuern zu einkommensunabhängigen und deshalb unsozialen Gebühren und Abgaben verschiebt.

Betrachtet man die Verteilung der Armut im Kanton, so sind davon dieselben Risikogruppen betroffen wie bei der Arbeitslosigkeit. Wichtige Faktoren sind neben dem Bildungsstand das Alter und die Familiensituation:

- Junge Erwachsene, die überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sind auch überdurchschnittlich oft auf Sozialhilfe angewiesen.
- Ältere Menschen spüren den sozialen Druck doppelt: Einerseits kämpfen sie mit Integrationsproblemen auf dem Arbeitsmarkt, andererseits kommen viele aufgrund der schwierigen Pflege- und Wohnsituation in finanzielle Bedrängnis.
- Wer Betreuungsarbeit leistet, wird dafür oft schlecht entschädigt und steuerlich bestraft.
- Am stärksten betroffen von Sozialhilfeabhängigkeit und Armut sind Alleinerziehende.
- Erschreckend viele Familien im Kanton weisen Unterstützungsbedarf und dysfunktionale Züge auf.

Wer im Kanton Aargau auf Sozialhilfe angewiesen ist, hat oft einen Spiessrutenlauf zu absolvieren: Die Sozialhilfe im Kanton Aargau erfüllt in verschiedenen Punkten die SKOS-Richtlinien nicht. Zudem wird die Ausrichtung der Sozialhilfe in den Gemeinden verschieden geregelt, es gibt zu viele kleine und kleinste Gemeinden mit eigenen Sozialämtern, die zu wenig professionell oder sogar überfordert sind. Dies führt oft zu Ungerechtigkeiten.



## **Grundziele**

Die Sozialpolitik soll im Kanton Aargau einen höheren Stellenwert bekommen. Sie darf nicht mehr Spielball der finanzpolitischen Interessen von Gemeinden und Kanton sein.

Die Verteilungsgerechtigkeit muss vermehrt zum Thema gemacht werden.

Der Kanton braucht faire, angemessene Steuern, mit denen er die sozialen Leistungen und den Service Public sicherstellen kann, ohne dabei die unsozialen Gebühren und Abgaben weiter erhöhen zu müssen.

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist vor allem am Anfang und gegen Ende des Erwerbslebens entscheidend. Integrationsmassnahmen müssen verstärkt werden. Der Kanton soll die Wirtschaft zu Massnahmen verpflichten und selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Care-Arbeit, die Betreuung von Kindern und hilfebefürftigen Menschen, muss der Erwerbsarbeit gleichgestellt und sozial abgesichert werden.

Der Kanton Aargau muss für Familien attraktiver werden. Dazu braucht es mehr individuelle unterstützende Massnahmen und endlich einen Ausbau der familienergänzenden Betreuungsstrukturen.

Die Sozialhilfe muss einheitlicher und zentraler organisiert werden. Der Zugang zu Sozialleistungen muss für wirklich Bedürftige verbessert werden.



## **Forderungen**

- Keine weiteren Steuersenkungen
- Stipendienwesen ausbauen
- Massnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt verstärken und regionalisieren
- Soziale Absicherung der Care-Arbeit sicherstellen
  
- System der Kinderbeihilfen einführen
- Familienergänzende Betreuung ausbauen
- Fachstelle Familie und Gleichstellung ausbauen
- Elternbildung stärken
- „Elternpass“ zur Vergünstigung kultureller/sozialer Angebote aufbauen
  
- Ergänzungsleistungen für Working-Poor-Familien einführen
  
- Projekte zur sozialen Integration in Gemeinden fördern
- Einheitlicher Vollzug in der Sozialhilfe
- Kantonale Unterstützung von kleinen Gemeinde-Sozialämtern
- Vermehrte Regionalisierung/Kantonalisierung der Sozialhilfe.

## **Anmerkung und Fazit**

Die Sozialpolitik ist letztlich die Kombination vieler anderer Politikfelder, auf die im Legislaturprogramm vertiefter eingegangen wird. So überschneiden sich Forderungen zur Sozialpolitik mit Forderungen in anderen Politikfeldern.

Entscheidend für die soziale Sicherheit im Kanton ist, dass diese Politikfelder aufeinander abgestimmt werden und dass gegenseitige Einwirkungen und Abhängigkeiten beachtet werden – nicht nur im Interesse der einzelnen Bürgerinnen und Bürger, sondern auch einer gut organisierten und damit gerechten, solidarischen Gesellschaft.